Replik
Margit Osterloh

NEBELSPALTER

# Sind Unternehmer die besseren Politiker?

27.05.2025

*Unternehmer, welche den Unterschied zwischen Konzernen und Staaten respektieren, sind in der Politik höchst willkommen: Firmenchefin und SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Bild: Keystone*

Sind Unternehmer Politikern überlegen? Und liegt deshalb Thomas Fuster in seinem Artikel in der NZZ vom 21.5.25 «Staaten lassen sich nicht wie Konzerne führen» (siehe hier) bemerkenswert falsch, wie dies in Somms Memo vom 22. Mai 2025 (siehe hier) zu lesen ist? Bei aller Hochachtung: Bemerkenswert falsch liegt diesmal Markus Somm.

Thomas Fuster geht es nicht darum, ob Unternehmer besser geeignet sind als professionelle Politiker, einen Staat zu führen. Es geht ihm vielmehr darum, ob man einen Staat – genauer einen demokratischen Staat mit marktwirtschaftlicher Wirtschaftsordnung – wie ein Unternehmen führen kann. Zweifellos gibt es Unternehmer und neuerdings auch Unternehmerinnen (in der Schweiz zum Beispiel. Magdalena Martullo-Blocher und in Deutschland die neue Wirtschaftsministerin Katherina Reiche), welche neue Perspektiven in die Politik eingebracht haben und einbringen. Thomas Fuster geht es insbesondere darum, ob Donald Trump und seine Entourage die Unterschiede zwischen der Governance eines demokratischen Staates und einem Konzern kennen und respektieren. Daran gibt es Zweifel.

# Entscheidungsmechanismen «von unten nach oben»

Einer der wichtigsten Unterschiede besteht darin, dass in einer marktwirtschaftlichen Ordnung dezentrale Entscheidungsmechanismen «von unten nach oben» wirken. Das Zusammenspiel vieler Akteure mit diversen Wissensbeständen wird über Preise koordiniert. Dem liegt die Einsicht von Friedrich August von Hayek zugrunde, dass dezentrale Marktwirtschaften mehr Wissen generieren und verarbeiten können als zentralisierte Planwirtschaften. Darüber hinaus war Hayek überzeugt, dass Planwirtschaften das Potential haben, sich in autoritäre Regimes zu verwandeln.

Unter bestimmten Bedingungen gibt es allerdings Marktversagen, welches Unternehmen als «Inseln der Planwirtschaft» im Meer von freien Märkten vorteilhaft macht. In Unternehmen hat die zentrale Führung das Sagen. Sie setzt ihre Pläne mit Anordnungen und Kontrolle «von oben nach unten» durch, auch wenn heute in vielen Unternehmen ein eher partizipativer Führungsstil praktiziert wird.

Das dezentrale Wissen und die Interessen vieler Bürger gehen auch in Demokratien in die Entscheidungsfindung ein. Nicht nur die Sicht weniger Diktatoren oder Oligarchen zählt. Demokratische Politik funktioniert, wie Thomas Fuster darstellt, «von unten nach oben».

# Trump regiert in autoritärer Weise

Donald Trump glaubt offensichtlich nicht an die Überlegenheit dezentraler Entscheidungsfindung in Märkten und in Demokratien. Er regiert in autoritärer Weise in die Unternehmen und sogar in die Universitäten hinein. So verbietet er, wo immer er kann, dass sich Organisationen DEI-Regeln geben und anwenden. DEI steht für Diversität, Gleichheit (Equity) und Inklusion. Unternehmen versprechen sich davon eine höhere Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt, eine verbesserte Unternehmenskultur und hohe Reputation.

Trump und seine Tech-Oligarchen sind in ihren Allmachtsphantasien offensichtlich von ihrem überlegenen Wissen überzeugt. Sie glauben besser zu wissen als die einzelnen Unternehmen, was diesen guttut. Wenn beispielsweise Amazon anzeigen will, welcher Anteil des

Verkaufspreises auf die von Trump verfügten Importzölle zurückzuführen ist, sieht Trump darin einen feindseligen politischen Akt. Widerspruch oder eine eigene Meinung sind unerwünscht. Verlangt wird Loyalität. Seine Majestät Donald glaubt am besten zu wissen, welche Informationen seine Untertanen geben und erhalten dürfen.

Insofern sägen Trump und seine Tech-Elite nicht nur an den demokratischen Grundfesten, sondern auch an der dezentralen marktwirtschaftlichen Ordnung. Sie sind deshalb bei aller Hochachtung vor ihrer unternehmerischen Leistung schlechte Politiker. Darin liegt Thomas Fuster bemerkenswert richtig. Unternehmer, welche den Unterschied zwischen Konzernen und Staaten respektieren, sind jedoch in der Politik höchst willkommen.